

und

Jocelyne Lopez

An

Frau Hannelore Kraft

Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

poststelle@stk.nrw.de; nrwdirekt@nrw.de

**Beschwerde wegen Ablehnung der Prüfung unserer Vorwürfe
der Missachtung von Gesetzen im Land Nordrhein-Westfalen
AZ Staatskanzlei: BC-2014.2163784 – Referat LPA II 3**

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft,

hiermit beschweren wir uns über Ihre Ablehnung einer Prüfung unserer Vorwürfe der Missachtung von Gesetzen im Land Nordrhein-Westfalen.

Zusammenfassung des Sachverhaltes:

Am 12.07.2014 haben wir Sie darüber in Kenntnis gesetzt, dass wir 2012 aufgrund unserer Verpflichtung gemäß § 258 StGB eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Bochum wegen Vorwürfen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz §§ 1, 7 und 8 bei der Genehmigung der Primatenversuche an der Uni Bochum über 22 Jahre durch die zuständige und verantwortliche Behörde LANUV NRW erstattet haben. Auch informierten wir Sie, dass die Staatsanwaltschaften im lückenlosen Dienstweg bis zum Justizministerium NRW unsere Strafanzeige willkürlich mit einer unhaltbaren Begründung eingestellt haben, sowie dass sie sich strikt weigern, die öffentliche Klage im Interesse der Allgemeinheit zu erheben und somit den ordentlichen Rechtsweg zu einer gerichtlichen Prüfung der Stichhaltigkeit unserer Vorwürfe wirksam versperren. Wir beschwerten uns bei Ihnen über diese Haltung der Staatsanwaltschaften.

Am 25.07.14 sicherten Sie uns eine Prüfung unserer Beschwerde durch das zuständige Ministerium zu.

Am 13.10.14 erinnerten wir Sie an unsere Beschwerde, da wir keine Ergebnisse einer Prüfung durch das zuständige Ministerium erhielten.

Am 21.10.14 informierten Sie uns, dass das Umweltministerium NRW uns schon die Ergebnisse der Prüfung unserer Beschwerde in einem Brief vom 15.08.14 mitgeteilt habe.

Soll es ein Witz sein? Wir empfinden Ihre Antwort als eine Verhöhnung der Bürger, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft. Wie unschwer zu erkennen sein sollte, ist in diesem Sachverhalt über die Einstellung unserer Strafanzeige und über die Verweigerung der Erhebung der öffentlichen Klage durch die Staatsanwaltschaften nicht das Umweltministerium zuständig – das Umweltministerium ist ja Partei in dieser rechtlichen Konfliktsituation – sondern einzig das Justizministerium NRW als höchste Diensthierarchie der Staatsanwaltschaften. Sie werden auch erkennen können, dass man in einer Konfliktsituation nicht gleichzeitig Partei und Richter sein kann und dass eine nochmalige Stellungnahme des Umweltministeriums als Partei bei unseren Vorwürfen des Verstoßes gegen geltende Gesetze in keiner Weise eine Prüfung unserer Beschwerde wegen Versperrung des ordentlichen Rechtswegs durch die Staatsanwaltschaften darstellen kann.

Ihre Antwort ist dementsprechend als eine Ausweichung der Prüfung der beklagten rechtlichen Missstände und als eine Ablehnung Ihrer Verantwortung und Pflichten als Regierungschefin und Kontrollinstanz des Justizministeriums NRW in diesem verfassungsrelevanten Sachverhalt zu werten.

Wir erinnern Sie an folgende Umstände in diesem Gesamtkontext:

Es ist Ihre Verantwortung und Ihre Pflicht als Regierungschefin davon Kenntnis zu nehmen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, dass nach neuesten Umfragen 80 % der Bürger Deutschlands und Europas sich gegen Tierversuche aussprechen.

Es ist Ihre Verantwortung und Ihre Pflicht als Regierungschefin davon Kenntnis zu nehmen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, dass Ihr untergeordnetes Umweltministerium NRW, das die sinnlosen Versuche an Primaten an der Uni Bochum durch die Behörde LANUV NRW über 22 Jahre hat genehmigen lassen, sich am 21.03.2013 für ein absolutes Verbot dieser Versuche ausdrücklich ausgesprochen hat.

Es ist Ihre Verantwortung und Ihre Pflicht als Regierungschefin wahrzunehmen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, dass Versuche an Primaten seit Jahrzehnten sowohl im Land NRW als auch bundesweit stark umstritten sind, eine erhebliche Störung des öffentlichen Friedens auslösen und gravierende Kollateralschaden für Menschen und Gesellschaft verursachen.

Es ist Ihre Verantwortung und Ihre Pflicht als Regierungschefin wahrzunehmen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, dass die Menschen seit Jahrzehnten auf die Straße gehen, um ihr Leiden, ihre Verzweiflung, ihr Ohnmachtsgefühl, ihre Wut und die tiefe Verletzung ihrer Menschenwürde zu zeigen.

Es ist Ihre Verantwortung und Ihre Pflicht als Regierungschefin wahrzunehmen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, dass diese Versuche die Menschenrechte von Millionen von Bürgern gemäß Grundgesetz verletzen.

Es ist Ihre Verantwortung und Ihre Pflicht als Regierungschefin wahrzunehmen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, dass die willkürliche Einstellung unserer Strafanzeige durch Ihr untergeordnetes Justizministerium NRW, sowie die Verweigerung der Erhebung der öffentlichen Klage im Interesse der Allgemeinheit die Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaftsordnung restlos vernichten.

Es ist Ihre Verantwortung und Ihre Pflicht wahrzunehmen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, dass Sie als Regierungschefin des Landes NRW genauso wie jeden anderen Staatsdiener in diesem Land und in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar an die Verfassung gebunden und verpflichtet sind, sie in Ihrem Land respektieren zu lassen.

Wir fordern Sie auf, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft, Ihre Verantwortung und Ihre Pflichten als Regierungschefin des Landes Nordrhein-Westfalen nachzukommen und eine gerichtliche Prüfung unserer Vorwürfe des Verstoßes gegen geltende Gesetze zu veranlassen.

Mit verfassungskonformen Grüßen

Gisela Urban und Jocelyne Lopez